

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. Im Haus, bei Vorbestellung 1,50 RM. zusätzlich Beleggeld. Einzelnummern 10 Pf. Alle Postanstalten, Postträger und Geschäftsstellen sind zu bezeichnen. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Nachrichten nicht verantwortlich. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Nachrichten nicht verantwortlich. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der Nachrichten nicht verantwortlich.



Wilsdruff-Dresden
Volksred.: Dresden 2640
Donnerstag, den 30. Juni 1932.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Roffen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 151 — 91. Jahrgang Telegr.-Nr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Volksred.: Dresden 2640 Donnerstag, den 30. Juni 1932.

Die Revision von Versailles gefordert.

Wehrhoheit und Abschaffung der Tribute!

Die deutschen Forderungen.
Amlich wird von deutscher Seite in Lausanne folgendes Communiqué veröffentlicht: „Die Darstellung, die die französische Presse über die Verhandlungen der französischen, britischen und deutschen Delegation gibt, ist irreführend. Der tatsächliche Sachverhalt ist der folgende: Schon in seiner ersten Rede in der Plenarsitzung hat der Reichskanzler betont, daß es im Interesse der Wiederherstellung normaler Wirtschaftsbeziehungen unumgänglich sei, mit dem System der Reparationen Schluss zu machen, und daß aus denselben Gründen eine wie immer geartete Schlusszahlung Deutschlands nicht in Frage kommen könnte. Die gleiche Haltung bezüglich Streichung der Reparationen und Unmöglichkeit einer Schlusszahlung hat die deutsche Delegation in den unmittelbaren Auseinandersetzungen mit der französischen Delegation am 27. Juni eingenommen. In der Verhandlung zwischen der britischen, französischen und deutschen Delegation richtete Macdonald die Frage an den Reichskanzler, ob er seinerseits nicht irgend etwas tun könne, um eine Endlösung herbeizuführen. Der Reichskanzler hat daraufhin ausgeführt: Das Vertrauen der Welt könne nur dann wiederhergestellt werden, wenn die Siegermächte sich entschließen würden, die Diskrimination des Versailler Vertrages zu beseitigen. Wenn somit die Gleichberechtigung Deutschlands und die Sicherheit hergestellt werden, dann würde der Reichskanzler es für möglich halten, daß Deutschland an der allgemeinen Anstrengung zur Wiederaufrichtung der Weltwirtschaft seinen Anteil in Form eines Beitrages zahle, der selbstverständlich die vollständige Wiederherstellung des wirtschaftlichen Gleichgewichtes in Deutschland und der Welt zur Voraussetzung hat.“
Das Communiqué hat in internationalen Konferenzen das größte Aufsehen erregt.
Der Hinweis auf die Beseitigung der „Diskrimination des Versailler Vertrages“ wird dahin ausgelegt, daß die deutsche Regierung in folgerichtiger Weiterführung ihres bisherigen Abrüstungsstandpunktes die Beseitigung des Teiles 5 (Abrüstung) und des Teiles 8 (Reparationen) des Versailler Vertrages fordert und nur unter diesen Bedingungen sich bereit erklärt, gewisse finanzielle Lasten für die Zukunft in der Form eines Beitrages zu der geplanten Wiederaufbaukasse zu tragen, die für die Wiederherstellung des wirtschaftlichen Gleichgewichtes Deutschlands und der Welt verwandt werden soll.

Französische Erregung.

Die Wirkung der deutschen Erklärung.
Wie nicht anders zu erwarten war, werden die amtlichen deutschen Erklärungen von der französischen Presse als ein Sabotageversuch und eine Torpedierung der Konferenz bezeichnet. Die Erregung in französischen Kreisen ist außerordentlich groß. Die Vorwürfe gegen Deutschland finden keine Grenze. Von deutscher Seite ist eine derartige Reaktion auf die deutschen Erklärungen vorausgesehen und mit der größten Ruhe aufgenommen worden.

Sonderausschuß für Wirtschafts- und Handelsfragen.

In Lausanne wird weiterberaten.
Die sechs einladenden Mächte der Lausanner Konferenz beschließen einen Sonderausschuß für die Wirtschafts- und Handelsfragen einzusetzen, der aus den Wirtschafts- und Handelsministern der einladenden Mächte unter dem Vorsitz des belgischen Handelsministers Dumans besteht und unverzüglich zusammentreten wird.
Dieser Ausschuß soll keine neuen Pläne ausarbeiten, sondern nach englischen Mitteilungen im wesentlichen die kommende Weltwirtschaftskonferenz vorbereiten.
In der offiziellen Sitzung der sechs einladenden Mächte ist, wie gleichfalls von amtlicher englischer Seite betont wird, mit keinem Wort von einer Unterbrechung oder Vertagung der Konferenz die Rede gewesen.
Sämtliche Delegationen seien sich in dem Wunsch einig gewesen, die Verhandlungen der Konferenz mit allen Mitteln weiterzuführen. Als die Hauptaufgabe der Konferenz ist von neuem die endgültige Regelung der Tributfrage bezeichnet worden. Sobald diese Frage geregelt ist, sollen unverzüglich die Arbeiten der

Konferenz in eine allgemeine grundsätzliche Vorbereitung der kommenden Weltwirtschaftskonferenz umgewandelt werden.

Herriot erklärt: Die Konferenz geht weiter.

Der französische Ministerpräsident Herriot machte nach dem Abschluß der offiziellen Sitzung der sechs einladenden Mächte am Mittwoch Spätnachmittag der internationalen Presse die Mitteilung: „Die Konferenz geht weiter. Die Arbeiten werden weiter fortgesetzt. Ich persönlich bin weder pessimistisch noch optimistisch und sehe es als meine vornehmlichste Aufgabe an, die Lage mit Ruhe und kaltem Blut zu beurteilen.“

Amtliche Mitteilung über die Besprechungen in Lausanne.

Bildung von Büro über die Reparations- und die Wirtschaftsfragen.
Über die neuerliche Sitzung der sechs einladenden Mächte wird folgende amtliche Verlautbarung bekannt gegeben:
Die Führer der Delegationen der sechs einladenden Mächte sind heute nachmittag im Chateau d'Origny zusammengetreten. Der Präsident der Konferenz berichtete über den gegenwärtigen Stand der Konferenzarbeiten. Es ist beschlossen worden, ein Büro, das sich aus dem Präsidenten und je einem Vertreter der sechs einladenden Mächte zusammensetzt, einzusetzen. Das Büro soll die gegenwärtige Lage der Reparationsbesprechungen im Lichte der bisherigen Unterhandlungen prüfen. Es ist beauftragt worden, einen Bericht mit Empfehlungen den Führern der sechs Mächte in möglichst kurzer Frist vorzulegen.
Die Führer der Delegationen der sechs Mächte haben ferner die Handelsminister der sechs Mächte ersucht, zusammenzutreten, um diejenigen Fragen zu prüfen, die mit der zweiten Aufgabe der Lausanner Konferenz, den Maßnahmen zur Überwindung der finanziellen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Weltwirtschaft zusammenhängen, und zwar in Vorbereitung einer weitergehenden Konferenz, die diese Fragen näher prüfen soll. Der Präsident der Konferenz ist ermächtigt worden, einen Vertreter der W.Z. aufzufordern, nach Lausanne zu kommen, wenn die technischen Arbeiten der Konferenz dies wünschenswert erscheinen lassen.
Außerdem ist der Präsident ermächtigt worden, falls er es für wünschenswert hält, die Zuziehung von Vertretern von Ungarn und Bulgarien zu veranlassen.

Able politische Brunnenvergiftung.

Scharfe deutsche Erklärung gegen die Habas-Lügen.
Zu der Meldung der Habas-Agentur, nach der der Reichskanzler in seiner heutigen Vormittagsunterredung mit Herriot die Frage der Disparitäten und der Aufrüstung Deutschlands aufgeworfen haben soll, wird von zuständiger deutscher Stelle ausdrücklich festgestellt, daß es sich bei dieser Habas-Meldung um able Brunnenvergiftung handelt. In der Unterredung zwischen dem Reichskanzler und Herriot sind die in der Habas-Meldung erwähnten Punkte überhaupt nicht berührt worden. Es ist ausgeschlossen, daß über die Unterredung von deutscher Seite irgendwelche Mitteilungen gemacht worden sind, da der Reichskanzler ausschließlich dem Reichsaussenminister von Neurath über den Verlauf der Unterredung unterrichtet hat.

Große grundsätzliche Rede MacDonaldis.

Lausanne, 29. Juni. Der englische Ministerpräsident MacDonald hat in seiner Eigenschaft als Präsident der Reparationskonferenz in der offiziellen Sitzung der sechs einladenden Mächte vom Mittwoch eine große Rede gehalten, die entgegen allen Gepflogenheiten im Wortlaut veröffentlicht wird und die ein zusammenfassendes Programm der gesamten gegenwärtigen und künftigen internationalen Verhandlungen darstellt. Der englische Ministerpräsident hat in seiner Rede folgendes ausgeführt:
Die Lausanner Konferenz hat zwei Aufgaben:
1. Endlösung der Reparationsprobleme,
2. Überwindung der wirtschaftlichen und finanziellen Krisis.
Diese zweite Aufgabe kann jedoch nur gemeinsam mit der amerikanischen Regierung gelöst werden. Die gegenwärtige Konferenz muß daher in allererster Linie das Reparationsproblem lösen und dann die nötigen Vorbereitungen für die kommende Weltwirtschaftskonferenz treffen. In der ununterbrochenen Rei-

he von privaten Besprechungen der letzten zwei Wochen ist zwar keine vollständige Übereinstimmung zustande gekommen, jedoch besteht allgemeine Übereinstimmung sämtlicher Mächte in folgenden Punkten:

1. Die Übertragung von Zahlungen von einem Lande in das andere führt zu einer weiteren Verschärfung der gegenwärtigen Krisis.
 2. Die Befreiung eines Schuldnerstaates von seinen Zahlungen, die er selbst nicht mehr tragen kann, führt lediglich zur Übertragung der Last auf den Gläubigerstaat.
 3. Die gesamten internationalen Schulden, die Reparationen und die Kriegsschulden müssen der gegenwärtig gefährdeten Weltwirtschaftslogik unverzüglich angepaßt werden, um eine weitere Katastrophe zu verhindern.
 4. Es müssen Maßnahmen ergriffen werden, um die Stabilität der Währung Deutschlands aufrecht zu erhalten und die energischen Maßnahmen der deutschen Regierung auf diesem Gebiet dauernd zu sichern.
 5. Die Lausanner Konferenz muß mit einer positiven möglichst endgültigen Lösung endigen und der allgemeinen Regelung der Frage gemeinsam mit den Vereinigten Staaten angepaßt werden.
 6. Die auf der Lausanner Konferenz zu findende Endlösung muß zu einer Wiederherstellung des Vertrauens führen, die unerlässlich ist für die Wiederbelebung der Kredite und des internationalen Handels.
 7. Die künstliche Übertragung von Zahlungen, die die internationalen Zahlungsbilanz nicht untergrabe, kann nur auf dem normalen Wege des internationalen Handels und die hierdurch geschaffene Zahlungsfähigkeit vorgenommen werden.
 8. Deutschland ist gegenwärtig nicht in der Lage, Reparationszahlungen zu leisten.
- Macdonald führte dann weiter aus, daß die Konferenz jetzt in allererster Linie das außerordentlich heikle und schwierige Problem der deutschen Reparationszahlungen zu lösen habe. Er werde persönlich zu diesen Fragen keine Stellung nehmen, da seine Auffassung bei der einen oder der anderen Seite auf Widerstand stoßen könnte. Die bisherigen Verhandlungen hätten jedoch bereits zu bestimmten eindeutig feststehenden Punkten geführt. Aus diesem Grunde habe er die übrigen Mächte ersucht, durch Bildung eines Ausschusses, in dem sämtliche einladenden Mächte vertreten seien, ihm in der endgültigen Lösung der Frage zu helfen. Auf diesem Wege werde es möglich sein, festzustellen, was endgültig geklärt sei und was in den direkten Besprechungen noch geregelt werden müsse. Die Konferenz müsse jetzt in einzelnen Stufen vorgehen. Die erste Aufgabe sei die Reparationslösung. In den übrigen Fragen, Abrüstung, politischen Abkommen usw., müsse die gegenwärtige Konferenz eine allgemeine Erklärung abgeben. Jede einzelne teilnehmende Macht müsse sich verpflichten, alles in ihren Kräften stehende zu tun, um in den allernächsten Monaten eine Verständigung in diesen Fragen herbeizuführen. Jedoch dürfe die endgültige Regelung der Reparationsfrage nicht hinausgeschoben werden. Eine vollständige Verständigung hierüber müsse erzielt werden.

Kein deutsches Angebot von drei Milliarden.

Lausanne, 29. Juni. Zu den am Mittwoch abend in internationalen Kreisen der Lausanner Konferenz in Umlauf gesetzten Gerüchten, die deutsche Abordnung habe sich zu einer Abschlusszahlung von drei Milliarden Goldmark im Fall einer endgültigen Regelung der Tributfrage bereit erklärt, wird von zuständiger Stelle ausdrücklich festgestellt, daß ein dergleichen Vorschlag selbstverständlich in keiner Weise erfolgt sei. Da trotz der Dementis von deutscher Seite diese Gerüchte sich hartnäckig aufrechterhalten, und von allen Seiten telefonische Anfragen bei der deutschen Abordnung eintreffen, hat sich die Presseabteilung der deutschen Abordnung veranlaßt gesehen, in der Pressezentrale der Konferenz im Palace-Hotel einen Anschlag anzubringen, in dem kategorisch erklärt wird, daß dergleichen Gerüchte in keiner Weise den Tatsachen entsprechen.

Zu einer Nachsitzung zusammengetreten.

Lausanne, 29. Juni. Das Büro der Lausanner Konferenz, dem die Vertreter der sechs einladenden Mächte angehören, ist infolge des Beschlusses auf der Mittwochnachmittagsitzung der sechs Mächte in den späten Abendstunden in den Privaträumen des englischen Ministerpräsidenten zu einer Nachsitzung zusammengetreten. Die deutsche Abordnung ist in der Sitzung durch Reichsfinanzminister Graf Schwerin-Krosigk und den Staatssekretär von Bülow vertreten. Zur Verhandlung gelangen ausschließlich die Vermittlungsvorschläge, die von englisch-französischer Seite in der Tributfrage gemacht werden. Im Mittelpunkt steht gegenwärtig ausschließlich der Plan der Schaffung einer gemeinsamen Kasse zum Wiederaufbau Europas, an dem sich jedoch die deutsche Regierung über den rechnerisch auf jeden einzelnen Staat entfallenden Anteil hinaus zu weiterer Beitragszahlung nur unter den vom Reichskanzler in den bisherigen Unterredungen zum Ausdruck gebrachten Bedingungen beteiligen kann.